

01.07.2014

Entschließungsantrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zum Antrag der Piraten

„Betreibt das Ministerium des Inneren NRW gezielt Desinformation, um Demokraten zu verunglimpfen?“ (Drucksache 16/6120)

„NRW braucht weiterhin eine aktive demokratische Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus“

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine aktive demokratische Zivilgesellschaft, die sich eine vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft zum Ziel gesetzt hat. Auch in Dortmund gibt es viele Bündnisse, Initiativen und Einzelpersonen, die sich konsequent gegen Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen. Die Dortmunder Zivilgesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder gegen rechtsextremistische Hetze und Gewalt gewandt und Aufmärschen und Kundgebungen der Neonazis entgegengestellt. Diesen Menschen gilt unser Dank.

Insbesondere in Dortmund gibt es verfestigte rechtsextremistische Strukturen. Im Verlauf der vergangenen Jahre sind viele Menschen Opfer rechtsextremer Übergriffe geworden. Dazu gehören auch die Ermordung der drei PolizeibeamtInnen T. G., I. H. und M. L. im Jahr 2000 sowie des Punkers T. S. im Jahr 2005 durch Dortmunder Neonazis. In Dortmund ist zudem M. K. durch den rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) ermordet worden. Neonazis versuchen regelmäßig, den Antikriegstag am 1. September und den Tag der Arbeit am 1. Mai mit Demonstrationen mit mittlerweile bundesweiter Bedeutung für ihre Zwecke umzudeuten. Die Gewalt gegen Personen, die nicht in das menschenverachtende Weltbild der Rechtsextremen passen, ebenso wie Sachbeschädigungen und andere Straftaten bilden die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik der politisch motivierten Kriminalität – Rechts (PMK – Rechts) ab; im Jahr 2013 führte Dortmund die Statistik mit insgesamt 228 Straftaten an, davon 22 Körperverletzungsdelikte.

Am Wahlabend der Kommunal- und Europawahl wurde der bundesweit bekannte Neonazi S. B. in den Stadtrat gewählt. Als eine Gruppe von Dortmunder Neonazis, darunter bekannte Gewalttäter, auf dem Friedensplatz aufmarschierten und rechtsextreme Parolen skandierend

Datum des Originals: 01.07.2014/Ausgegeben: 02.07.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

in das Rathaus einmarschieren wollten, haben sich parteiübergreifend mutige Demokratinnen und Demokraten schützend vor das Dortmunder Rathaus gestellt, um diesen Ort der Demokratie nicht widerstandslos den Neonazis zu überlassen. Dabei sind Rechtsextreme gegenüber Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten gewalttätig geworden.

Durch die Wortwahl in dem Bericht des Innenministeriums an den Innenausschuss des Landtags NRW über das Einsatzgeschehen am Wahlabend fühlen sich viele Menschen, die sich aktiv für eine demokratische Gesellschaft einsetzen, verletzt. Innenminister Ralf Jäger hat im Innenausschuss deutlich gemacht, dass er diese Betroffenheit nachvollziehen kann und die Wortwahl des Berichts missverständlich war. Er könne die tief empfundene Empörung und Wut nachempfinden, als sie sich den Neonazis in den Weg stellten. Es sei weiterhin Ziel der Landesregierung, die demokratische Zivilgesellschaft zu unterstützen.

Wir begrüßen das weitergehende Angebot des Ministers, kurzfristig gemeinsam mit den wehrhaften Demokratinnen und Demokraten das Gespräch zu suchen und die Ereignisse des Wahlabends wie auch den Bericht aufzuarbeiten.

Für das Engagement für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft gebührt den engagierten Bürgerinnen und Bürgern in Dortmund und in ganz NRW unser Dank. Denn neben Maßnahmen der Prävention, einem starken Opferschutz, repressiven Mitteln sowie Aussteigerangeboten kann die Bekämpfung und erfolgreiche Zurückdrängung des Rechtsextremismus nur mit einer aktiven demokratischen Zivilgesellschaft gelingen.

Der Landtag stellt fest:

- Nur gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft kann die Bekämpfung des Rechtsextremismus gelingen. Deshalb gilt unser Dank allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich immer wieder gegen Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen.
- Die Anstrengungen der Polizei NRW gegen rechtsextremistische Bestrebungen müssen konsequent weitergeführt werden. Dazu gehören u.a. die Sonderkommissionen, das Kompetenzzentrum im LKA, die Verankerung des Themenkomplexes Rassismus/Rechtsextremismus in der Aus- und Fortbildung, der Ermittlungsdruck gegen die rechte Szene sowie die Erfassung der Straftaten der Allgemeinkriminalität.
- Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um die Ereignisse am Dortmunder Wahlabend und zur Aufarbeitung dieser Ereignisse ist es notwendig und richtig, den Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft weiter zu intensivieren und nachhaltig zu verstetigen.

Norbert Römer
Marc Herter
Nadja Lüders
Hans- Willi Körfges
Thomas Stotko

und Fraktion

Reiner Priggen
Sigrid Beer
Verena Schäffer
Daniela Schneckenburger

und Fraktion